A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Reichs-Ausgabe

Preis 350 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Donnerstag. 19. April 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5560—68. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die Reichsausgabe der „DAZ" erscheint wöchentlich sechsmal. Bei der Post 900.— ℳ monatlich. Ins Ausland nach besonderen Sätzen

An Fällen höherer Gewalt, vom Betriebsstörung, von Streik oder Aussperrung hat der Bezieher des Blattes keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Anzeigen werden ohne Gewähr für Aufnahme in einer bestimmten Ausgabe oder an einem bestimmten Platz nach Tarif berechnet.

19. 4. ▼ Nr. 178/179 85a

62. Jahrgang.

Die Internationale Handelskammer zur Reparationsfrage.

Von Dr. G. Riedberg,

Referent beim Deutschen Industrie- und Handelstag.

Der II. Kongreß der Internationalen Handelskammer (J. H. K.), an der Deutschland bekanntlich nicht zugelassen ist, hat vor kurzem in Rom stattgefunden. Was diesen Kongreß erst allgemein bekannt machte, war die Rede von Hugo Stinnes und die Meldung von der einstimmigen Annahme einer Entschließung zur Reparationsfrage.

Es liegt auf der Hand, daß der einstimmige Beschluß von etwa 500 Vertretern aus mehr als 30 Staaten über eine so umstrittene Frage, wie die der Reparation, bestimmte, seit umrissene Vorschläge nicht enthalten kann. Die Entschließung betont lediglich, daß „die endgültige Lösung des Reparationsproblems eine notwendige Voraussetzung für die dauernde Besserung der Weltwirtschaftslage bedeute", daß Reparationen, deren „moralischer Charakter" anerkannt werden müsse, bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit geleistet und daß — neben einer Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens — genügende Sicherheiten geschaffen werden müßten, um Grenzverletzungen und damit die Notwendigkeit von Pfändungen auszuschließen. Bestimmte Vorschläge zu machen, hatte man mit Rücksicht auf die politische Lage nicht für angebracht.

Nach Pariser Pressemeldungen hat der bisherige Präsident der J. H. K., der frühere französische Handelsminister Clémentel, zu dieser auf amerikanische Initiative zurückzuführenden Entschließung erklärt, sie bedeute eine Anerkennung der Notwendigkeit, Sicherheiten verschiedener Art gegen jede Verletzung der französischen Ostgrenzen zu schaffen. Die für Frankreich wichtige Bestimmung des Beschlusses sei, daß er jede Intervention auf einem dafür geeigneten Zeitpunkt verschiebe, um der französischen Regierung seine Schwierigkeiten zu erleichtern.

So interessant diese Würdigung des Beschlusses auch ist, die sich übrigens in gleicher Richtung bewegt wie die Ausführungen der „Journée Industrielle", so bestande doch für Deutschland kein Anlaß, sich näher mit dieser Entschließung zu befassen, wenn ihr nicht eine Denkschrift der J. H. K., „Reparationen und Interalliierte Schulden", zugrunde läge würde, der für die Auslegung des Beschlusses eine besondere Bedeutung beigelegt werden muß, und deren Inhalt eine Erwiderung von deutscher Seite auf das dringendste erfordert.

Diese Denkschrift ist dem Kongreß, der in die drei Gruppen Finanz, Industrie und Handel, Verkehr zerfiel, als das Ergebnis eingehender Beratungen der Finanzgruppe vorgelegt worden. In dieser Gruppe, deren Vorsitzender der in Rom neugewählte Präsident der J. H. K., W. H. Booth, Vizepräsident der Guaranty Trust Co. of New York ist, sind folgende Länder vertreten: Amerika, Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Polen, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei.

Die Denkschrift der Finanzgruppe stützt sich, soweit sie die deutschen Leistungen auf Reparationskonto behandelt, auf Angaben, die die Reparationskommission der J. H. K. vertraulich zur Verfügung gestellt hat. Danach soll Deutschland seit der rund 15½ Milliarden Goldmark, zu deren Begleichung es — unter Berücksichtigung der obigen Posten — bis zum 1. Mai 1921 verpflichtet war, nur rund 3 Milliarden und statt der 4,8 Milliarden in der Zeit vom 1. Mai 1921 bis 31. Dezember 1922 nur rund 2,8 Milliarden Goldmark gezahlt haben. Deutschland habe also seine Verpflichtungen auf dem Verfüllen Gebiet in der Zeit bis zum 1. Mai 1922 nur zu etwa 30 %, vom 1. 5. 21 bis 31. 12. 22 zu nur 60 % erfüllt. Unter Berücksichtigung der nach dem Friedensvertrag anrechnungsund der abzugsfähigen Posten ergebe sich eine Summe von 3,9 Milliarden Goldmark, die den Wert der deutschen Reparationsleistungen im eigentlichen Sinne darstellen. Diese Darlegungen der J. H. K. sind durch mehrere graphische Darstellungen erläutert, die jedenfalls mit der Reparationsfrage nicht vertraut ist, „die Verfehlungen" Deutschlands in eindrucksvoller Weise vor Augen führen sollen. Um den Schein der Objektivität zu wahren, ist ein Auszug aus dem „Temps" vom 2. Januar d. J. wiedergegeben, der die Reparationsleistungen ganz anders zu Ungunsten Deutschlands darstellen soll, d. h. die Ziffern, die die Reichsregierung der Pariser Konferenz durch Staatssekretär Bergmann vorlegen wollte. Aber auch diese höchst unzureichende Tabelle ist bei den Schlußfolgerungen der J. H. K. und der graphischen Darstellung unberücksichtigt geblieben, so daß die Denkschrift zu Ergebnissen kommt, die einseitig auf Material der Reparationskommission aufgebaut sind.

In der Finanzgruppe der J. H. K. hat also das Ausland mindestens fast übertrieben, daß Deutschland versucht hat und noch versucht, sich seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Diktat zu entziehen. Die Denkschrift stützt, welche Zuversicht dieses „Märchen", wie es J. M. Keynes genannt hat, in der Welt noch immer besitzt.

Deutschland wird diesen Angaben seine eigenen Ziffern entgegensetzen müssen. Es wird erwarten können, daß sich die J. H. K. bei ihren Beratungen über die Reparationsfrage nicht, wie es in dieser Denkschrift geschehen ist, nur auf die Angaben der einen Seite stützt, sondern zu einer objektiven Betrachtungsweise zu kommen sucht. Sonst verfällt sie selbst in den Fehler, den F. P. Kent, Vizepräsident der Bankers Trust Co. in New York, der Urheber des Reparationsbeschlusses der J. H. K., in seiner großangelegten Rede auf dem Kongreß als die Hauptursache der unbefriedigenden Lage der Weltwirtschaft bezeichnet hat: die Verquickung des Wirtschaftsproblems der Reparation mit der großen Politik. Die Reparationskommission ist ein politisches Organ, nicht in der Lage, über die deutsche Leistungsfähigkeit zu entscheiden, und nicht gewillt, als oberste Quelle für die Beurteilung unserer bisherigen Leistungen zu dienen. Mr. Kent hat auch hervorgehoben, daß eine Vereinbarung mit Deutschland über die Reparationsfrage nur dann wirklich zu einer dauernden Besserung der Wirtschaftslage führen wird, wenn sie auf beiden Seiten angenommen werden kann „in sincerity". Die erste Vorbedingung einer solchen Lösung wird aber die sachliche Prüfung der bisherigen deutschen Leistungen nach den von beiden Seiten vorgelegten amtlichen Ziffern sein. Sollten die Arbeiten der J. H. K. über das Reparationsproblem geschehen werden müssen, um Grenzverletzungen und damit die Notwendigkeit von Pfändungen auszuschließen. Bestimmte Vorschläge zu machen, hatte man mit Rücksicht auf die politische Lage nicht für angebracht.

Nach Pariser Pressemeldungen hat der bisherige Präsident der J. H. K., der frühere französische Handelsminister Clémentel, zu dieser auf amerikanische Initiative zurückzuführenden Entschließung erklärt, sie bedeute eine Anerkennung der Notwendigkeit, Sicherheiten verschiedener Art gegen jede Verletzung der französischen Ostgrenzen zu schaffen. Die für Frankreich wichtige Bestimmung des Beschlusses sei, daß er jede Intervention auf einem dafür geeigneten Zeitpunkt verschiebe, um der französischen Regierung seine Schwierigkeiten zu erleichtern.

So interessant diese Würdigung des Beschlusses auch ist, die sich übrigens in gleicher Richtung bewegt wie die Ausführungen der „Journée Industrielle", so bestande doch für Deutschland kein Anlaß, sich näher mit dieser Entschließung zu befassen, wenn ihr nicht eine Denkschrift der J. H. K., „Reparationen und Interalliierte Schulden", zugrunde läge würde, der für die Auslegung des Beschlusses eine besondere Bedeutung beigelegt werden muß, und deren Inhalt eine Erwiderung von deutscher Seite auf das dringendste erfordert.

Diese Denkschrift ist dem Kongreß, der in die drei Gruppen Finanz, Industrie und Handel, Verkehr zerfiel, als das Ergebnis eingehender Beratungen der Finanzgruppe vorgelegt worden. In dieser Gruppe, deren Vorsitzender der in Rom neugewählte Präsident der J. H. K., W. H. Booth, Vizepräsident der Guaranty Trust Co. of New York ist, sind folgende Länder vertreten: Amerika, Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Polen, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei.

Die Denkschrift der Finanzgruppe stützt sich, soweit sie die deutschen Leistungen auf Reparationskonto behandelt, auf Angaben, die die Reparationskommission der J. H. K. vertraulich zur Verfügung gestellt hat. Danach soll Deutschland seit der rund 15½ Milliarden Goldmark, zu deren Begleichung es — unter Berücksichtigung der obigen Posten — bis zum 1. Mai 1921 verpflichtet war, nur rund 3 Milliarden und statt der 4,8 Milliarden in der Zeit vom 1. Mai 1921 bis 31. Dezember 1922 nur rund 2,8 Milliarden Goldmark gezahlt haben. Deutschland habe also seine Verpflichtungen auf dem Verfüllen Gebiet in der Zeit bis zum 1. Mai 1922 nur zu etwa 30 %, vom 1. 5. 21 bis 31. 12. 22 zu nur 60 % erfüllt. Unter Berücksichtigung der nach dem Friedensvertrag anrechnungs- und der abzugsfähigen Posten ergebe sich eine Summe von 3,9 Milliarden Goldmark, die den Wert der deutschen Reparationsleistungen im eigentlichen Sinne darstellen. Diese Darlegungen der J. H. K. sind durch mehrere graphische Darstellungen erläutert, die jedenfalls mit der Reparationsfrage nicht vertraut ist, „die Verfehlungen" Deutschlands in eindrucksvoller Weise vor Augen führen sollen. Um den Schein der Objektivität zu wahren, ist ein Auszug aus dem „Temps" vom 2. Januar d. J. wiedergegeben, der die Reparationsleistungen ganz anders zu Ungunsten Deutschlands darstellen soll, d. h. die Ziffern, die die Reichsregierung der Pariser Konferenz durch Staatssekretär Bergmann vorlegen wollte. Aber auch diese höchst unzureichende Tabelle ist bei den Schlußfolgerungen der J. H. K. und der graphischen Darstellung unberücksichtigt geblieben, so daß die Denkschrift zu Ergebnissen kommt, die einseitig auf Material der Reparationskommission aufgebaut sind.

In der Finanzgruppe der J. H. K. hat also das Ausland mindestens fast übertrieben, daß Deutschland versucht hat und noch versucht, sich seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Diktat zu entziehen. Die Denkschrift stützt, welche Zuversicht dieses „Märchen", wie es J. M. Keynes genannt hat, in der Welt noch immer besitzt.

Deutschland wird diesen Angaben seine eigenen Ziffern entgegensetzen müssen. Es wird erwarten können, daß sich die J. H. K. bei ihren Beratungen über die Reparationsfrage nicht, wie es in dieser Denkschrift geschehen ist, nur auf die Angaben der einen Seite stützt, sondern zu einer objektiven Betrachtungsweise zu kommen sucht. Sonst verfällt sie selbst in den Fehler, den F. P. Kent, Vizepräsident der Bankers Trust Co. in New York, der Urheber

Um 4½ Uhr:
Dollar etwa 30000,
Pfunde etwa 135000.
Amtlicher Dollarkurs: 25 000.

Schreckensregiment in Castrop.

Sinnlose „Repressalien".

Castrop, 18. 4. (W. T. B.)

Infolge der Besetzung der Zeche Graf Schwerin ist die Lichtversorgung der Stadt unterbunden. Als Repressalie wurde seitens der Besatzungsbehörde der verschärfte Belagerungszustand verhängt und jeder Verkehr auf den Straßen von 8½ Uhr abends bis 5½ Uhr früh untersagt. Die Franzosen gingen, obwohl die Verordnung bei der Bevölkerung noch nicht genügend bekannt war, mit aller Schärfe vor und verhafteten Männer, Frauen und Kinder, die sich nach der Sperrstunde noch sehen ließen, von der Straße, aus den Straßenbahnen und von dem Hausflur weg. So wurden schon an dem Abend, an dem die Verordnung erschien, 42 und am zweiten 28 Personen festgenommen.

Die gefürchtete Nationalhymne.

Millionen-„Strafen" des Kriegsgerichts.

Castrop, 18. 4. (W. T. B.) Die verbotene Nationalhymne sollte der Kaufmann Gustav Kruse von hier gesungen haben, als ihn ein französischer Kriminalpolizist unter Bedrohung mit einem Revolver verhaftete. Kruse wurde mit sechs Monaten Gefängnis bestraft. In zwei Jahren Gefängnis und 50 Millionen Mark Geldstrafe wurde vom hiesigen französischen Kriegsgericht der Kaufmann Willermann aus Merkolo verurteilt, weil er ein Lied ohne französische Erlaubnis und ohne Zollzahlung Eisenwaren in das unbesetzte Gebiet ausführen wollte.

Wegen angeblicher Sabotage wurde der Schlosser Heilmann aus Lünen zu 3 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen Postvergehens erhielt Studienassessor Fritz Buchmann aus Dortmund, ferner die Herren Jürgen Bannenberg und Amtsgerichtsrat Schlechter aus Herne je eine Million Mark Geldstrafe. Sieben Personen, darunter solche im Alter von fünf bis zehn Jahren, wurden zu Geldstrafen in einer Gesamthöhe von einer Million 60 000 Mark verurteilt, weil sie ihre Briefmarken hatten ausliegen lassen.

Die weißen Sklaven Frankreichs.

Castrop, 18. 4. (W. T. B.) Französische Arbeiterkolonnen, die, anscheinend durch hohe Frankenlöhnung angelockt, aus allen Gegenden Deutschlands zusammengekommen sind und einen sehr herabgekommenen Eindruck machen, werden auf den besetzten Zechen Graf Schwerin und Erin zur Forst- und Holzverwaltung herangezogen. Die befinden sich während der Arbeit unter starker militärischer Aufsicht.

Neue „Requisitionen" und „Kontributionen" in Vorbereitung.

Bei der Besetzung des Finanzamtes Dortmund wurden von den Franzosen die Jahrgänge 1921 und 1922 der Einkommensteuerlisten der Stadt Castrop und des Amts Bützgendortmund beschlagnahmt und mitgenommen. Vermutlich wollen die Franzosen an der Hand der Listen ihre Requisitionen und Kontributionen vornehmen.

Ueber acht Millionen Mark Wert hatte eine Grubenbeschlagnahme, die für eine hiesige Firma bestimmt war und die auf dem Bahnhof Essen-Frintrop von den Franzosen beschlagnahmt und abtransportiert wurde.

Galischer Größenwahn.

Duisburg, 18. 4. (W. T. B.) Das belgische Polizeigericht verurteilte gestern einen Kraftwagenführer zu 3 Tagen Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe, weil durch das schnelle Vorbeifahren seines Autos an einer marschierenden Kolonne einige Pferde scheu geworden waren.

Eine Geschäftsinhaberin wurde wegen Verweigerung der Abgabe von Glühpfä an die Besatzungstruppen zu zwei Tagen Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Dienstmädchen erhielt 15 Tage Gefängnis, das einem anderen bei einer Offiziersfamilie der Besatzung in Dienst stehenden Mädchen gegenüber eine „feindselige Haltung" angenommen haben sollte.

45 Millionen Mark Geldstrafe wegen Richtzahlung der Weinsteuer.

Mainz, 18. 4. (Eigenbericht) Da die Direktion der städtischen Kontrolle in Düsseldorf sich weigerte, Weinsteuer an die Franzosen zu entrichten und ihre Weinbestände der französischen Hollbehörde anzugeben, wurde sie mit einer Geldstrafe von 45 Millionen Mark belegt. Die Franzosen haben außerdem eine große Menge von Weinen in den städtischen Weinkellereien beschlagnahmt.

Die Benz-Werke wieder gerämmt.

—l. Mannheim, 18. 4. (Eigenbericht) Die Werke der Motorwagenfabrik A. G. vorm. Benz, Abteilung für stationäre Motoren, die seit dem 31. März von den Franzosen besetzt waren, wurden heute wieder geräumt. Offenbar hat sich die Hoffnung, daß der Beschlagnahme, die angeblich Diesel-Motoren für Unterseeboote gebaut werden, ergeben.

Bauernsängerei.

Essen, 18. 4. (W. T. B.) In Bochum haben die Franzosen gestern drei Kohlenlastkraftwagen „beschlagnahmt". Auch auf Herne werden solche Beschlagnahmungen gemeldet. Die Kraftwagenführer verweigern die Annahme der französischen Passagierscheine. Aus Bochum wird weiter gemeldet, daß ein neues Lebensmittelgeschäft von den Franzosen eingerichtet worden ist. Damit hat Bochum nun zwei französische Lebensmittelverkaufsstellen. Die Lebensmittel werden um 25 Prozent billiger als in deutschen Geschäften verkauft. Diese Verkaufsstellen werden aber nur sehr wenig in Anspruch genommen. In Herne sind gleichfalls zwei französische Verkaufsstellen eingerichtet: hier zeigt sich großer Andrang von seiten der polnischen Kundschaft.

Schandtat auf Schandtat.

6 Millionen Mark in der Duisburger Reichsbank geraubt.

Die 20 000-Mark-Scheine mit dem Zeichen „M. X."

Duisburg, 18. 4. (W. T. B.) Wie die „Rheinisch-westfälischen Nachrichten" melden, verlangten gestern mittag von der Reichsbank in Duisburg Angehörige der Besatzungsbehörde den Eintausch von mit M. X. gezeichneten 20 000-Mark-Scheinen im Gesamtbetrage von 6 Millionen Mark. Als dem Ersuchen nicht entsprochen wurde, wurde diese Summe unter Zurückstellung der mit M. X. gezeichneten Scheine „fortgenommen."

Die Verhaftungen mehren sich von Tag zu Tag.

fr. Hückeswagen, 18. 4. (Eigenbericht) Die Verhaftungen von Personen durch französische Truppen nehmen täglich zu. In den letzten Tagen wurden wiederum mehrere Personen festgenommen und nach Düsseldorf in Untersuchungshaft gebracht.

Auch die Verteidiger der „Angeklagten" werden verhaftet.

Essen, 18. 4. (W. T. B.) Rechtsanwalt Dr. Klingbeil (Essen), der, wie gemeldet, zwei Tage nach seiner Verteidigung des Essener Bürgermeisters Schäfer von den Franzosen verhaftet und in das Gefängnis in Werden abgeführt worden war, ist gestern nach achttägiger Haft entlassen worden. Die Verhaftung war in einer jedem Rechtsempfinden widersprechenden Weise in dem Augenblick erfolgt, als Dr. Klingbeil in seiner Eigenschaft als Verteidiger im Geschäftszimmer des französischen Anklagevertreters der 77. Division um Einsichtnahme in die Akten für die Kriegsgerichtssitzung am nächsten Tage ersuchte.

Massendiebstahl von Zeitungen.

In letzter Zeit werden von der französischen Zensur im besetzten Gebiet die durch die Post befördernden Zeitungen in solchen Mengen „beschlagnahmt", daß sie in großen Wagenladungen fortgeschafft werden. Es wird dabei kein Unterschied zwischen politischen und unpolitischen, verbotenen und nicht verbotenen gemacht. Die Zeitungen werden bei Altsachen abgeholt.

Holzdiebstähle unter ministerieller Aufsicht.

Paris, 18. 4. Der französische Minister für die befreiten Gebiete, Réibel, befindet gestern den Hafen von Karlsruhe und wohnte den ersten Holzverladungen bei. Das Holz wird auf Kähnen nach Straßburg und Lauterburg gebracht. Reibel soll gleichzeitig Maßnahmen zur raschesten Füllung des Holzes getroffen haben.

Preußischer Landtag

Volkswohlfahrt.

Der preußische Landtag beschäftigte sich auch in seiner Mittwoch-Sitzung wieder mit dem Volkswohlfahrtetat. Bei den Ausgaben für Wohnungs- und Siedlungswesen wurden unter Hinweis auf die letzten Berliner Mammutfälle verschärfte Ueberwachung und Kontrolle der Bautätigkeit gefordert. Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß der Minister Seitz auf die Einstellung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande gedrängt habe, daß aber den Kommunen überlassen geblieben ist, ob sie davon Gebrauch machen wollen. Es sei allerdings bedenklich, daß bei in Berlin noch nicht geschehen sei.

Bei den Ausgaben für allgemeine Volkswohlfahrt führten Abgeordnete der Linken Klage über die Verwaltung der Waisenhäuser aus Bayerle, in denen Kriegsfreiwillige und die Hinterbliebenen von Kriegsopfern untergebracht sind. Ganz besonders schlimm stehe es mit Kommunist Militärschreiber. Minister Hirtsiefer entgegnete, die Zustände dort seien sich sehr geheilt. Das Ministerium habe alles, um diese große Anstalt zu einem Musterinstitut zu machen.

In den weiteren Ausgaben wurde ein sozialpolitischer Antrag angenommen, der die Umwandlung der Frauenreferentinnen an den Regierungen in Beamtenstellen fordert. Die Beihilfen zur Förderung der Bestrebungen zur Fürsorge für die geistbrede und verwahrloste Jugend wurden erhöht, ebenso die Ausgaben für soziale Ehle an sittlich und sexuell gefährdete Personen a) durch Beschaffung für die staatlichen Polizeifürsorgestellen; b) durch Beihilfen für freiwillige Polizeiämter und Fürsorgestellen für Gefährdete.

Der Berliner Gesandte Litauens in Genf.

Kowno, 18. 4. (Litauische Telegraphen-Agentur.) Ministerpräsident Galvanauskas und der litauische Gesandte in Berlin, Sidzikauskas, sind gestern nach Genf abgereist, um an der Sitzung des Völkerbundsrats teilzunehmen. In Genf soll u. a. die Frage der Weiterhaltung der Lituanen im Zusammenhang mit der Entscheidung des Völkerbundsrats vom 3. Februar betreffend die Teilung der neutralen Zone gemachten Einwendungen an den Haager Internationalen Gerichtshof erörtert werden.

Die litauische Telegraphenagentur verschweigt schamhaft, daß selbstverständlicherweise auch die Verschickung des deutschen Memellandes vor dem Gremium der Genfer Entscheidelitist zur Sprache gebracht werden soll.

Alberta von Puttkamer †.

In ihrem Heim in Baden-Baden ist Alberta von Puttkamer im Alter von 74 Jahren an dem Leben gestorben.

Frau von Puttkamer wurde zu Groß-Glogau in Schlesien am 5. Mai 1849 als Tochter des Alfred Weile geboren, heiratete als 17jährige den Kreisrichter W. von Puttkamer. Von 1879 ab, seitdem ihr Gatte zum Unterstaatssekretär für die Justiz in Elsaß-Lothringen ernannt war, hatte sie ihren dauernden Wohnsitz in Straßburg. Nach dem Ausscheiden des Gatten aus seinem Amt lief sich das Paar in Baden-Baden nieder. 1903 wurde Frau von Puttkamer Witwe.

Reichstag.

Fortsetzung der Außendebatte

Nachdem der Reichstag in seiner Mittwochsitzung den Gesetzentwurf über Anpassung des § 87 des Betriebsrätegesetzes an die Geldentwertung angenommen hat, setzt er die Aussprache über die auswärtige Lage fort. Als erster Redner der zweiten Serie spricht der sozialdemokratische Abgeordnete

Dr. Breitscheid:

Er bedauert, daß die Rede des Außenministers in verschiedenen Punkten einer mehrfachen Deutung fähig sei. Auch die demokratische Fraktion sei in nicht einmütiger Meinung, daß in der Rede ein formelles Angebot Deutschlands zu erblicken sei. Selbstverständlich sei das Zeitbalten an dem passiven Widerstand. Die Auffassung der Regierung decke sich im wesentlichen mit der der Sozialdemokratie. Wir begrüßen, so führt der Redner fort, die Beendigung des gewaltlosen unbewaffneten Kampfes durch den Minister — so fahren wir die Rede vorwärtsmit (Widerspruch rechts) — und die Verhandlungsbereitschaft. Mit Genugtuung stellen wir auch das Bekenntnis des Ministers zum Reparationswillen fest, trotz der Ruhrbesetzung. Die Rede des Ministers Dr. Vorkes klang anders. Das Kabinett sollte nach außen einheitlicher auftreten. Eine Meinungsverschiedenheit aber besteht zwischen Dr. Stresemann und uns: Wir sind der Ansicht, daß die politischen Angebot an die Entente gerichtet werden muß.

Wer der Sozialdemokratie die Absicht nachsagt, die Front von hinten zu zerstören, wie es der Abgeordnete Schefsel gesagt hat, der liegt genau so wie vor drei Jahren. Auf die Arbeiterregierung zusammen mit den Kommunisten, müssen wir schon verzichten, denn Sie (zu den Kommunisten) wollen ja die allein mögliche Erfüllungspolitik aufgeben und daß die Arbeiterschaft international die Macht übernimmt. Darauf können wir noch lange warten. Uebrigens sind wir keine Ministersteigler. Wir lassen jetzt gern andere regieren. Unsere Zukunft wird durch langen Widerstand nicht besser. Unsere Pflicht ist, ein eine schnelle Verständigung mit Ruhrarbeiteren zu sorgen. Auch andere Gebieten als die Arbeiter leiden im Ruhrrevier. Wir haben es nicht nötig, für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wir sagen nur offen: Der beste Weg zur Beendigung des Konflikts ist ein Angebot der Regierung. Freunde haben wir kaum in der Welt. Amerika und England werden sich nicht einmischen. Ich möchte fragen, ob von England irgendeine positive Anregung über ein deutsches Angebot erfolgt ist. Leider können wir die Rede des Ministers von Rosenberg nicht als Angebot betrachten. Soll sie ein solches sein, so hätte der Minister in seiner offiziellen Note erklären müssen. Im Widerspruch zu den sonstigen Ausführungen Herrn von Rosenberg sind die Zurückziehungen auf den Vorschlag, die Prüfung unserer Leistungsfähigkeit einem fremden Sachverständigen-Kollegium zu übertragen. Dabei scheinen wir vielleicht schlechter ab, als bei einem direkten Angebot von unserer Seite.

Wie hat ein Franzose, der dem Comité des Forges angehört, behauptet, der Grund der Besetzung des Ruhrreviers läge nur darin, daß man glaube, auf keine andere Weise die Kohle nehmen zu können. Für diese Seelenqualitäten sollten gerade diejenigen bei uns Verständnis haben, die während des Krieges die Aushungerung der äußeren Mittel, wie des U-Boot-Krieges, verlangten. Der Widerstand gegen Poincaré wird in Frankreich wachsen, in mehr unter Reparationsfolge entstehen wird. Unsere Leistungen hängen von der Höhe einer internationalen Anleihe ab, und wir sind bereit, den größten Teil dieser Anleihe sofort an Frankreich abzuführen. Reparation aber ohne Ruhrkohle Dispotheke auf den Besitz ist ein Unding. Man Frankreich Sicherheitsforderungen betrifft, so hat ja auch Bismarck feinerzeit Sicherungen gegen Frankreich verlangt. Was an uns ist, halten wir in Bezug auf die Sicherheit tun. Aber das erfüllen wir bestimmt. Nicht ein Aufbruch deutschen Volkes hat abgetreten Nicht ein Aufbruch

Dagegen sind wir bereit, den Gottesfriedenspakt auf längere Zeit aufzubauen und auch auf einen Krieg nach Osten zu verzichten und auch Rheinland und Westfalen zu verzichten. Wir wünschen eine Verständigung mit Frankreich. Darin liegt der Schlüssel des Friedens von Europa. Wenn es zu Verhandlungen kommen soll, dürfen Deutschland und Frankreich nicht wie die Fische Kampfhähne gegenüberstehen; eine offene Politik ist das beste Mittel. Das Ministerium kann nicht mehr ein positives Angebot Vertrauen im Auslande erwerben. Mit den Bergarbeitern im Ruhrrevier meinen wir, daß sie jetzt nicht Ruhe und Besonnenheit, sondern der inneren Stärke. (Beifall links.)

Abg. Dr. Lauscha (Ztr.)

schildert die verschärfte Lage am Rhein. Er gedenkt dankbar der Sympathiekundgebungen und Hilfsaktionen aus dem Auslande und erwähnt besonders den Papst. Auch den deutschen Bischöfen und der schweizerischen evangelischen Landeskirche müsse man danken.

Haushaltsausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm bei der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums eine Entschließung an, die die Vorlegung eines Gesetzes fordert, worin den im allgemeinen Interesse von den Mietern der Mieteinbruchs aus ihrer Beschäftigung entlassenen Arbeitern und Angestellten bei Wiedereinstellung ihrer Arbeitsstelle ein Vorzugsrecht auf Anstellung gewährt wird.

Darauf besprach der Ausschuß Fragen der Sozialversicherung. Der Abg. Beck (Soz.) gab einen Ueberblick über die Lage der Sozialversicherung in Deutschland und wünschte, daß die Arbeitsgesetze vom Ministerium des Innern auf das Arbeitsministerium übergehen. Arbeitsminister Dr. Brauns wies darauf hin, daß die Frage der Ueberführung der Arbeitsgesetze auf das Arbeitsministerium schon ziemlich weit gediehen gewesen sei, als die Arbeit durch den Regierungswechsel unterbrochen worden sei. Die Vorarbeiten aber sollen jetzt wieder aufgenommen werden.

Abg. Rudre (Zentr.) trete an, es möchten die Sozialversicherungsträger ihre großen Reserven dazu verwenden, den Bau für Arbeiter- und Angestelltenwohnungen anfangen. Dann nahm der Ausschuß eine Entschließung an, daß Unfallbeschädigte, die in Reichsbetrieben vor der Einführung der Unfallversicherung einen Unfall erlitten und hierfür eine Entschädigung erhalten, aus Gründen der Billigkeit den Zuschuß der Unfallrente erhalten sollen. Darauf vertagte sich der Ausschuß.

Beschwerden der Memelländer.

Von

Hermann Dietrich,

Minister a. D., M. d. R.

In dem großen Weltgeschehen, das sich um die Besetzung der Ruhr abspielt, ist die Memellandfrage in den Hintergrund gedrängt worden, obwohl die Abtrennung des Memellandes vom Reich einen der schlimmsten und gefährlichsten Pläne unserer Feinde in sich auf lange Sicht an dieser direkten Verbindung mit Rußland zu hindern. Das Land ist klein, seine Bewohner sind nicht zahlreich, seine wirtschaftliche Bedeutung ist gering. Aber es liegt es insofern weit hinter dem zurück, was es heute für uns politisch bedeutet. Sein künftiges Schicksal war nach dem Friedensvertrag nicht klar. Polen und Litauen stritten sich um das Land, für die es einen wertvollen Zugang zum Meere bedeutete. Und nun ist die litauische Lösung zum Siege gekommen. Wie, läßt sich nicht ganz klar sagen. Jedenfalls aber war der Einfall litauischer Banden in das Land eine wohlüberlegte politische Aktion Kownos, die vielleicht einer polnischen, die die Franzosen erwartet haben sollen, zuvorkam. Keinesfalls war der von Kowno-Litauen organisierte Ueberfall, wie es litauischerseits vielfach hingestellt wurde, eine innermemelländische Erhebung der litauischen Bevölkerung gegen die Deutschen. Es ist kein Zweifel, daß dieses deutsche Land verurteilt ist, vorerst dem litauischen Staatsverbrechen zugeschieden. Aber das ist nicht das Betrübliche. Viel betrüblicher ist, daß zurzeit in diesem Gebiet nicht etwa die litauische Regierung herrscht, sondern eine militaristisch-chauvinistische litauische Gruppe, vor allem das sogenannte Hilfskomitee zur Rettung Kleinlitauens unter Führung des Deutschtumsfressers Simonaitis. Wir wissen nicht, ob von Kowno aus das, was diese Gruppe im Memelland geleistet hat, gebilligt wird. Jedenfalls aber kann es deutscherseits nicht lang- und tatenlos geduldet werden. Das Ziel dieser Leute ist die Vertreibung des deutschen Elements aus dem Memelland, die Erdrosselung aller deutschen Einrichtungen, insbesondere der deutschen Sprache und Schule, und endlich die Austreibung der deutschfreundlichen Gesinnung der memelländischen Litauer. Diesem Ziel dient namentlich eine Verordnung vom 7. April, welche unter Androhung scharfer Strafen ein Verbot an Nichtmemelländer enthält, irgendwie politisch tätig zu sein, eine Maßregel, die in erster Reihe den Unterrichtung der Zeitungen und ihrer Leser dient. Es kann hier auf die Einzelheiten der litauischen Uebergriffe nicht eingegangen werden. Der am 6. April ausgebrochene Generalstreik war lediglich eine Folge der wachsenden Wut der deutschgesinnten Bürger und Arbeiterschaft; allerdings ging er äußerlich auf wirtschaftliche Eingriffe der provisorischen Regierung — einige Betriebe wurden militärisch besetzt — zurück. Im Verfolg dieses Streiks wurden nicht nur bürgerliche und sozialistische Vertreter verhaftet und eingesperrt, zahlreiche Menschen getötet und verletzt, sondern vor allem auch die politischen Führer unbeholfen gemacht. Der Vorsitzende und der Geschäftsführer des deutsch-litauischen Heimatbundes wurden an die Grenze geschafft und ausgewiesen. Der Fabrikdirektor Kubillus, der Kaufmann Gudies und der Sekretär des Landarbeiterverbandes Kiesker wurden verhaftet, nach Kowno verschleppt und mit der Anklage des Hochverrats bedroht.

Wie sieht Deutschland zu diesen Dingen? Die deutsche Oeffentlichkeit beschäftigt sich wenig damit. Wenig scheint sich aber auch die deutsche Regierung damit zu beschäftigen. Die Klagen über die Untätigkeit des Außenamtes in der memelländischen Angelegenheit sind alt und allgemein. Aber jetzt scheint es Zeit, sie freimütig zu beleuchten. Die litauische Lösung der Memelfrage ist für Deutschland gewiß besser als eine polnische Lösung. Man darf das aussprechen, weil es die Franzosen sind, die Polen und Litauen gegen uns hetzen. Vielleicht verfolgt sie auch den Zweck, Litauen für die Wegnahme Wilnas einigermaßen zu entschädigen. Doch besteht die politische Wirkung der Lösung, wie in beiden Plänen neulich festgestellt wurde, in der Schaffung eines hoffnungslosen Gegensatzes zwischen Polen und Litauen. Solange aber dieser Gegensatz anhält, hat Litauen keine Hilfe von dem allmächtigen Frankreich, dessen Schutzträger im Osten Polen ist, besonders liebenswürdig behandelt wird. Es ist ja das kaum jüdische Fahrwasser kaum Litauen nur einlenken, wenn es vor Polen kapituliert. Was hält bei dieser Lage Deutschland ab, sich seiner bedrohten Stammesgenossen im Memelland und ihrer im Friedensvertrag stipulierten Rechte anzunehmen? Bis jetzt scheint nichts Ernstliches geschehen zu sein, um den Litauern klar zu machen, daß dieser Staat, Estland, wenn erst Rußland wieder zum Leben erwachen wird, mehr als problematisch ist, daß nicht bestanden werden kann, in einer solchen Weise mit den Memelländern umzuspringen, wie es jetzt geschieht. Man hört auch nichts davon, daß Deutschland sich gegen die Ausweisungen verwahrt und sich für die Verhafteten angenommen hat. Noch weniger weiß man, ob das Auswärtige Amt versucht, auf das Litauen, welches die Stellung Memellands in Litauen regeln soll, einzuwirken. Bei dem geringen Geschick, das wir bisher bei der Verteidigung des Deutschtums im Ausland entgegebracht haben — ich erinnere nur an Südtirol, an die Lage der siebenbürger Sachsen, die gerade jetzt wieder kritisch ist — ist zu befürchten, daß, wenn nicht bald ein anderer Wind weht, dann memelländischen Deutschtum der Wille zum Ausdauern schwindet. Das beste Mittel, die litauischen Uebergriffe zu fördern, ist jedenfalls deutsche Nachgiebigkeit; denn wenn man nicht den Litauern gegenüber den deutschen Standpunkt wahrt, so wird ihre Meinung, daß sie mit den deutschen Landsleuten machen können, was sie wollen, im gleichen Maße wie